

# ... UNVORSTELLBAR!

## FORDERUNGEN ZUR FRANKFURTER KOMMUNALWAHL '89

1.  
Eltern sollen in Kinderläden und Schülerläden nicht höhere Beiträge bezahlen müssen als in vergleichbaren städtischen Einrichtungen.  
Deswegen muß der Betriebskostenzuschuß seitens der Stadt für die selbstorganisierten, freigemeinnützigen Träger auf 440 DM pro Platz und Monat erhöht werden.
2.  
Die öffentliche Erziehung von Kindern unter drei Jahren muß durch ein ausreichendes Angebot an Krabbelstubenplätzen gesichert werden, die auch bezahlbar sind. Dabei sind 870,- DM pro Kind und Monat realistische Platzkosten, die von der Stadt anerkannt werden müssen.
3.  
Die Elternbeiträge für Krabbelstuben müssen auf maximal 400 DM monatlich begrenzt werden. Die Staffelung der Elternbeiträge muß so gestaltet werden, daß Familien mit mittleren Einkommen nicht mehr benachteiligt werden.
4.  
Der Betriebskostenzuschuß der Stadt Frankfurt für Krabbelstuben wird folglich auf 470 DM festgesetzt.
5.  
Die Vergabekriterien der wirtschaftlichen Jugendhilfe werden so geändert, daß jedes Kind die Möglichkeit hat, eine Krabbelstube zu besuchen.
6.  
Ein spezieller Investitionskostenetat für selbstorganisierte Kindereinrichtungen wird geschaffen, der für Gründungshilfen, Ausstattung, Umbauten und Renovierungen zur Verfügung steht.
7.  
Die Arbeit der selbstorganisierten Kindereinrichtungen braucht eine beratende, unterstützende Infrastruktur, die gewährleistet, daß bereits vorhandene Erfahrungen an neue Gruppen weitervermittelt werden.  
Vereine, die sich mit Gründungshilfe, Projektberatung und wissenschaftlicher Begleitung der Selbsthilfeinitiativen bereits befassen, sollen dafür gefördert werden.

Unsere ausführlichen "Vorschläge für eine sozialpolitische Initiative der Stadt Frankfurt a. M." für die selbstorganisierten Kindereinrichtungen können bei uns angefordert werden.

**LAG Freie Kinderarbeit Hessen**

**Regionalbüro Frankfurt**

**Zeißelstraße 11 A · 6000 Frankfurt am Main · Telefon 069/5 96 23 46**

# WAS WÄRE FRANKFURT OHNE KRABELSTUBEN, KINDERLÄDEN, SCHÜLERLÄDEN?

Im Lauf der letzten 20 Jahre haben Eltern und Bezugspersonen in Frankfurt mehr als 1000 Betreuungsplätze für Kinder selbst organisiert: knapp 800 Plätze in Kinderläden/Schülerläden und 280 Plätze in Krabbelstuben.

Das hätte in städtischer Regie mindestens 30 Millionen DM nur für die Investitionen gekostet. Und wäre nicht so zügig und am lokalen Bedarf orientiert über die Bühne gebracht worden, wie das Eltern und Bezugspersonen in gemeinsamer Arbeit geschafft haben.

Vom frischen Wind, den selbstorganisierte Kinderbetreuung in alle pädagogischen Bereiche wehen läßt, einmal abgesehen:

Es wurde damit auch ein ordentlicher Beitrag zur quantitativen Verbesserung der Kinderbetreuungssituation in Frankfurt geleistet. Der vor allem im Kleinstkindbereich ins Gewicht fällt. Denn hier stellen die freien gemeinnützigen Vereine ein Drittel aller in Frankfurt vorhandenen Plätze.

Aber auch in der außerschulischen Kinderbetreuung haben die Schülerläden für eine spürbare Erleichterung der vorherrschenden Hortplatzmangelsituation gesorgt. Im dicht bebauten Nordend wird fast ein Drittel aller Plätze durch Schülerläden gestellt.

Mehr als 200 Arbeitsplätze wurden für die Kinderbetreuung eingerichtet, darunter ein Großteil an menschenfreundlichen Teilzeitarbeitsangeboten. Die Vielzahl der einzelnen,

vor Ort kaum ins Gewicht fallenden, neuen Stellen verdichtet sich im Überblick zu einem echten arbeitsmarktpolitischen Faktor: Dies sind die neuen Arbeitsplätze im Bereich sozialer Dienstleistungen.

Doch, wie bekannt sein dürfte, reichen auch die bereits vorhandenen Krabbelstuben-, Kinderladen- und Schülerladenplätze bei weitem nicht aus.

Wie aber sollen Eltern und Pädagogen neue Krabbelstuben oder Schülerläden einrichten, wenn schon die alten absolut unzureichend bezuschußt werden?

Wenn die Elternbeiträge in Krabbelstuben viel zu hoch sind?

Wenn auch die Beiträge für Kinderläden und Schülerläden das Niveau der Beiträge in städtischen Einrichtungen übersteigen und von einer Gleichbehandlung der Eltern in selbstorganisierten Kindereinrichtungen keine Rede sein kann?

Wenn die Mieten für geeignete Räume kaum noch bezahlbar sind?

Wenn sogar bereits bestehende Krabbelstuben oder Kinderläden von Kündigung bedroht sind?

Allen Widrigkeiten und Befürchtungen zum Trotz: Auch dieses Jahr entstehen weitere selbstorganisierte Kindereinrichtungen.

Und das mindeste, was von der Stadt verlangt werden kann, ist, daß sie dieses soziale Engagement nicht blockiert.

Sondern unterstützt.

**Deswegen unsere Forderung:**

**GERECHTE UNTERSTÜTZUNG DER SELBSTORGANISIERTEN  
KINDEREINRICHTUNGEN DURCH DIE STADT FRANKFURT!**